Auf dem Weg zu sichtbarer Einheit

Übereinkunft zwischen der Kirche von England, der EKD
und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR

I.

„Wir erkennen unsere Kirchen gegenseitig als Kirchen an, die zu der Einen, Heiligen, Katholischen und Apostolischen Kirche Jesu Christi gehören und an der apostolischen Sendung des ganzen Volkes Gottes wahrhaft teilhaben“ – dies ist eine der zentralen Aussagen der Gemeinsamen Feststellung „Auf dem Weg zu sichtbarer Einheit – On the Way to Visible Unity“, die nach mehrjährigen Beratungen am 18. März 1988 in Meißen/DDR von den über dreißig Delegierten und Beratern der Kirche von England, des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Evangelischen Kirche in Deutschland unter dem Vorsitz von Bischof David Tustin (Grimsby), Landesbischof Dr. Johannes Hempel (Dresden) und Bischof D. Karlheinz Stoll (Schleswig) im Beisein von Beobachtern des Ökumenischen Rates der Kirchen und anderer Kirchen einstimmig angenommen worden ist.

Der offizielle deutsch- und englischsprachige Text der Meißener Feststellung ist mit dem Vorwort der Vorsitzenden der Verhandlungsdelegationen sowie mit Erläuterungen und weiteren Texten in einer gemeinsam vom Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und vom Kirchenamt der EKD herausgegebenen 45-seitigen Broschüre „Auf dem Weg zu sichtbarer Einheit“ veröffentlicht.¹

In den sechs Kapiteln der Meißener Feststellung wird das gemeinsame Verständnis des Wesens und der Aufgabe der Kirche dargelegt (I und II); es werden der Weg und das Ziel kirchlicher Einigung als „volle, sichtbare Einheit“ (III) und die auf diesem Wege bereits erreichten Gemeinsamkeiten und Übereinstimmungen in Fragen des christlichen Glaubens festgestellt (IV und V). Unterschiedlich bleibt vorerst die Bewertung des historischen Bischofsamtes, das die Anglikaner für volle kirchliche Einheit voraussetzen, während es die reformatorischen Kirchen nicht als eine notwendige Bedingung dafür ansehen.

Die Meißener Feststellung endet mit der Empfehlung der Verhandlungsdelegationen, daß die beteiligten Kirchen eine gemeinsame Erklärung abgeben. Darin sollen sie nach der eingangs zitierten Anerkennung drei weitere Anerkennungen bezüglich der Predigt und der Sakramente, der ordinierten Ämter und der geistlichen Aufsicht (Episkope) aussprechen und sich verpflichten, „gemeinsam nach der vollen, sichtbaren Einheit zu streben“ und „alle möglichen Schritte zu engerer Gemeinschaft auf so vielen Gebieten christlichen Lebens und Zeugnisses wie möglich (zu) unternehmen“. Als nächste Schritte auf dem Weg zu voller, sichtbarer Einheit sollen u. a. die Gemeindeglieder an den Gottesdiensten – einschließlich der Abendmahlsgottesdienste – gegenseitig teilnehmen, Pfarrern im Rahmen der geltenden kirchlichen Ordnungen die Arbeit in den Gemeinden, gemeinsame Abendmahlsfeiern, die Teilnahme an Ordinationen und andere gottesdienstliche Funktionen gegenseitig gestattet und die offiziellen theologischen Gespräche fortgesetzt sowie Formen verbindlicher gemeinsamer Beratung entwickelt werden.

Die Meißener Feststellung wurde am 18. Mai 1988 von der Kommission für Mission und Einheit der Generalsynode der Kirche von England, am 28. Mai 1988 vom Rat der EKD und am 3. September 1988 von der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR zustimmend zur Kenntnis genommen. Damit haben diejenigen Kirchenorgane, welche die Delegationen mit den Verhandlungen beauftragt hatten, das ihnen vorgelegte Ergebnis akzeptiert. In der EKD und im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR ist die Meißener Feststellung inzwischen den Gliedkirchen zur Prüfung und mit der Bitte um Stellungnahme übersandt worden. Die Generalsynode der Kirche von England hat die Meißener Feststellung in einer ersten Lesung am 9. November 1988 in großer Einmütigkeit begrüßt und sie dem Haus der Bischöfe zur näheren Prüfung überwiesen.² In der EKD und im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR sind es die Gliedkirchen, deren Zustimmung Voraussetzung für das Inkrafttreten der in der Meißener Feststellung empfohlenen gemeinsamen Erklärung ist. In der Kirche von England ist die Generalsynode das für die Zustimmungserklärung zuständige Organ. Der verabredete Zeitplan läßt hoffen, daß die Zustimmung der beteiligten Kirchen etwa Mitte 1990 vorliegen wird.

Inzwischen haben die ökumenischen Dienststellen der EKD, des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und der Kirche von England erste Gespräche über zweiseitige Vereinbarungen aufgenommen, mit denen die gemeinsame Erklärung der Kirchen nach ihrem Inkrafttreten durch detaillierte praktische Schritte ergänzt werden soll. Dazu gehören Begegnungen auf allen Ebenen, Gemeindeparterschaften, gemeinsame Studienarbeit, Austausch von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern, von Studenten und Vikaren etc.

II.

Die Meißener Feststellung kommt nicht von ungefähr. Sie ist die Frucht einer längeren Entwicklung. Das Vorwort der drei Vorsitzenden der Verhandlungsdelegationen und das Kapitel IV der Meißener Feststellung enthalten nähere Informationen über die Vorgeschichte und das ökumenische Umfeld. Die Verhandlungen wurden mit der in jedem ökumenischen Dialog erforderlichen Geduld und unter sorgfältiger Beachtung des Geflechtes kirchlicher, kirchenpolitischer und ökumenischer Beziehungen geführt, in welchem sich die beteiligten Kirchenleitungen und Delegationen dabei bewegten. Aber die gemeinsame Arbeit wurde auch zielstrebig vorangetrieben.

Den ersten offiziellen Schritt unternahm der Erzbischof von Canterbury, Dr. Robert Runcie, mit einem Brief vom 1. Juni 1984 an die damaligen Vorsitzenden des Rates der EKD, Landesbischof D. Lohse, und der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Landesbischof Dr. Hempel. Darin schrieb er, daß die Kirche von England die Impulse des Lutherjahres 1983 sich nicht verflüchtigen lassen wolle und jetzt aktive Schritte unternehme, um Möglichkeiten enger Beziehungen mit den von ihm besuchten lutherischen Kirchen zu prüfen. Seitens der EKD nahm daraufhin der Ratsvorsitzende durch einen Brief vom 30. August 1984 mit dem Vorsitzenden der Arnoldshainer Konferenz und dem Leitenden Bischof der VELKD Verbindung auf. In diesem Brief wurden bereits einige der für die weiteren Verhandlungen wichtigen Fragen angesprochen:

„... daß der Erzbischof von Canterbury als Primas der Kirche von England in Briefen an die Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und des Rates der EKD auf nationaler Ebene Kontakte wegen engerer kirchlicher Beziehungen aufnimmt, widerspricht nicht den auf internationaler Ebene erzielten Ergebnissen theologischer Gespräche; denn konkrete Vereinbarungen können ähnlich wie bei uns auch bei den Anglikanern nur durch die nationalen Kirchen bzw. Kirchenprovinzen eingegangen werden . . .

Der Erzbischof von Canterbury und die zuständigen Leitungsgremien der Kirche von England, vor allem aber wir selber, werden uns dabei bewußt sein, daß neben den genannten Berichten über anglikanisch-lutherische Gespräche in Verhandlungen mit deutschen kirchlichen Partnern auch die auf Grund der Leuenberger Konkordie unter uns erzielte Abendmahlsgemeinschaft wird Berücksichtigung finden müssen, zumal auch einige der ökumenischen Partner der Kirche von England im eigenen Land, nämlich die United Reformed Church und die Evangelische Synode deutscher Sprache im Vereinigten Königreich, die Konkordie unterzeichnet haben. Die United Reformed Church hat Kirchengemeinschaft mit der Evangelischen Kirche der Pfalz vereinbart, die Evangelische Synode deutscher Sprache im Vereinigten Königreich hat einen Partnerschaftsvertrag mit der EKD. Schon diese deutsch-englischen internationalen ökumenischen Verflechtungen machen es, ganz abgesehen von der innerdeutschen Situation, erforderlich, über den Kreis der in der VELKD zusammengeschlossenen lutherischen Kirchen hinaus auch die übrigen Gliedkirchen der EKD, ob sie nun lutherischen oder anderen reformatorischen Bekenntnissen verpflichtet sind, in die Gespräche einzubeziehen . . .

Die Situation der Landeskirchen in der Bundesrepublik und in der DDR ist hinsichtlich des Bekenntnisses und des Verhältnisses der Landeskirchen gleichen und unterschiedlichen Bekenntnisses zueinander in der EKD bzw. im Kirchenbund so gleichartig, daß vieles dafür spricht, Fragen einer engeren Gemeinschaft mit der Kirche von England gemeinsam zu erörtern und ggf. zu vereinbaren.“

Die Antworten der Arnoldshainer Konferenz und der VELKD auf den Brief des Vorsitzenden des Rates der EKD waren positiv. Nach weiteren Vorarbeiten auf Dienststellenebene vereinbarte dann der Vorsitzende des Rates der EKD, Landesbischof D. Lohse, während eines Besuches vom 29. Juni bis 2. Juli 1985 in England nähere Einzelheiten über das weitere Verfahren. In seiner Grußadresse an die Generalsynode der Kirche von England brachte er den Wunsch nach einer Vereinbarung „über eine Abendmahlsgemeinschaft als Schritt auf dem Wege zu voller Kirchengemeinschaft“ zum Ausdruck.

Nachdem der Rat der EKD am 13./14. Dezember 1985 und die Kirchenkonferenz der EKD am 20. März 1986 dem Ergebnis der bisherigen Gespräche zugestimmt hatten, berief der Rat der EKD mit dem Einverständnis aller Gliedkirchen der EKD am 10. Oktober 1986 eine neunköpfige Verhandlungsdelegation unter der Leitung des Ratsmitgliedes Bischof D. Stoll. Die Delegation erhielt den Auftrag, „... die Möglichkeiten der Herstellung engerer Beziehungen zur Kirche von England zu untersuchen und den Entwurf einer Vereinbarung über Abendmahlsgemeinschaft als Schritt auf dem Wege zu voller Kirchengemeinschaft auszuarbeiten“. Ein entsprechendes Verfahren vollzog sich im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR.

Nachdem inzwischen während der 8. Theologischen Konferenz zwischen der EKD und der Kirche von England vom 8. bis 11. April 1986 auf Schloß Schwanberg wichtige theologische Vorarbeit geleistet worden war, fanden die offiziellen Verhandlungen im Februar 1987 in London Colney und im März 1988 in Meißen (mit einer vorbereitenden Arbeitstagung im November 1987 auf Schloß Schwanberg) statt.

Der Rat der EKD hatte schon früher in Absprache mit der Arnoldshainer Konferenz und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Vertreter für eine gemeinsame Gesprächskommission mit dem Katholischen Bistum der Alt-Katholiken in Deutschland berufen, von der dann die „Vereinbarung über eine gegenseitige Einladung zur Teilnahme an der Feier der Eucharistie“ vom 29. März 1985 erarbeitet worden war (s. ÖR Nr. 3/85). Eine derartige Vereinbarung, in der es um Fragen von Lehre und Bekenntnis geht, bedarf der Zustimmung der Gliedkirchen der EKD. Denn die EKD ist nach ihrer Grundordnung „ein Bund lutherischer, reformierter und uniierter Kirchen. Sie achtet die Bekenntnisgrundlage der Gliedkirchen und Gemeinden . . .“. Es war allen Beteiligten von Anfang an klar, daß bei der angestrebten „Vereinbarung über Abendmahlsgemeinschaft als Schritt auf dem Wege zu voller Kirchengemeinschaft“ mit der Kirche von England dasselbe zu gelten hätte.

In Artikel 1 Abs. 4 der Grundordnung der EKD heißt es aber auch: „Zwischen den Gliedkirchen besteht Kirchengemeinschaft im Sinne der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa (Leuenberger Konkordie). Die Evangelische Kirche in Deutschland weiß sich mit ihren Gliedkirchen verpflichtet, die in ihr bestehende Gemeinschaft auch im Sinne dieser Konkordie zu stärken und die Gemeinsamkeit im Verständnis des Evangeliums zu vertiefen.“ Auf Grund der Tatsache, daß zwischen den Gliedkirchen der EKD Kirchengemeinschaft und Gemeinsamkeit im Verständnis des Evangeliums im Sinne der Leuenberger Konkordie besteht, ist es möglich, daß die in der EKD zusammengeschlossenen Kirchen gemeinsam in Lehrgespräche mit anderen Kirchen eintreten können. Zugleich erwächst für die EKD daraus die Verpflichtung, bei Lehrgesprächen mit anderen Kirchen ein gemeinsames Handeln ihrer lutherischen, reformierten und unierten Gliedkirchen herzustellen und auf die Wahrung der Belange aller Gliedkirchen zu achten. Hierin liegt die Begründung dafür, daß die EKD in den Verhandlungen mit der Kirche von England mit einer Delegation vertreten war, die der Rat der EKD aus den lutherischen, reformierten und unierten Gliedkirchen berufen hatte. Die innerhalb der EKD bestehende Übereinstimmung im Verständnis des Evangeliums im Sinne der Leuenberger Konkordie wurde zugleich als eine ausreichende gemeinsame theologische Basis für den Dialog mit der anglikanischen Kirche angesehen. Diese Basis hat während der Verhandlung in der Tat alle Mitglieder der EKD-Delegation miteinander verbunden und theologisch geeint. Entsprechendes galt innerhalb der Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR und für das Verhältnis beider Delegationen zueinander.

Anders lagen die Dinge bei der Kirche von England. Dort bestand die Aufgabe nicht wie bei der EKD darin, die Verhandlungen unter behutsamer Wahrung der Belange der Gliedkirchen zu führen. Statt dessen war Rücksicht zu nehmen auf die unterschiedlichen theologischen Strömungen innerhalb der anglikanischen Kirche, die auch in den Mehrheitsverhältnissen der für die Ratifizierung des Verhandlungs-

ergebnisses allein zuständigen Generalsynode der Kirche von England ihren Niederschlag finden. So wurde denn auch in der Zusammensetzung der anglikanischen Verhandlungsdelegation ein sorgfältig ausgewogenes Verhältnis unter Einbeziehung der verschiedenen Flügel wie der Anglo-Katholiken, der Evangelikalen und der „Protestanten“ erkennbar. Für die Akzeptanz der schließlich einstimmig von den Mitgliedern aller drei Delegationen verabschiedeten Meißener Feststellung in der Generalsynode der Kirchen von England dürfte sich dieses Vorgehen als durchaus förderlich erweisen.

III.

Zur Würdigung der Meißener Feststellung sind die wesentlichen Gesichtspunkte bereits in den Erläuterungen auf Seite 33ff. der Broschüre „Auf dem Weg zu sichtbarer Einheit“ unter „Allgemeine Anmerkungen“ zusammengefaßt. In diesem Beitrag soll versucht werden, eine Einschätzung der Meißener Feststellung und ihrer Bedeutung für das Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland mit ihren Gliedkirchen und der Kirche von England an einigen Punkten unter der Fragestellung „Was wurde gewollt – was wurde erreicht?“ zu vertiefen.³

Natürlich haben sich die gesteckten Ziele während des Verlaufes der Verhandlungen selbst verändert. Einige Zielsetzungen waren von Anfang an da, andere wurden erst im Verlauf der gemeinsamen Arbeit deutlich. Während der Gespräche mußten einige Erwartungen auf Grund der erkannten Realitäten korrigiert werden, anderswo eröffneten sich neue Möglichkeiten. Dieser wechselvolle Prozeß soll hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden.

Zunächst sei auf einige Faktoren hingewiesen, die von vornherein den Verlauf und die Ergebnisse der Verhandlungen bestimmten und Grenzmarkierungen für das setzten, was sich die Delegationen mit ihrer Arbeit vornehmen konnten.

Die Tatsache, daß am Verhandlungstisch deutscherseits Vertreter lutherischer, reformierter und unierter Kirchen saßen, nötigte alle Beteiligten zu besonderen Zugeständnissen und zusätzlichen theologischen Bemühungen. Denn besonders in der Lehre von der Kirche und den Ämtern, die sich schon früh als das zentrale theologische Thema der gemeinsamen Arbeit herausstellte, galt es mit den Unterschieden im lutherischen und reformierten Verständnis zurechtzukommen. In der gemeinsamen Arbeit machte man sich weitgehend die Ergebnisse der internationalen ökumenischen Dialoge, insbesondere der anglikanisch-lutherischen und der anglikanisch-reformierten Gespräche zunutze. Der internationale anglikanisch-lutherische Dialog ist aber schon zu konkreteren Ergebnissen gelangt als die anglikanisch-reformierten Gespräche. Man muß daher dankbar anerkennen, daß sich die Kirche von England und ihre Delegierten dennoch auf das Experiment eingelassen haben, mit Vertretern lutherischer, reformierter und unierter Kirchen gleichzeitig eine gemeinsame theologische Übereinkunft zu erarbeiten. Allein zur Klärung der Frage, welche Zielsetzung für die Einheit der Kirche von Anglikanern, Lutheranern und Reformierten gemeinsam bejaht werden könnte, war eine eigene theologische Konferenz erforderlich.⁴ Bei den Verhandlungen der Delegationen ging es dann vor allem noch um die Fragen des Verständnisses des ordinierten Amtes und der geistlichen Aufsicht (Episkope). Aus evangelischer Sicht darf daher die anglikanische Anerkennung, daß nicht nur personale, sondern auch kollegiale geistliche Aufsicht

(Episkope) in unseren Kirchen in einer Vielfalt nicht nur bischöflicher, sondern auch nicht-bischöflicher Formen als ein sichtbares Zeichen der Einheit der Kirche und der Kontinuität des apostolischen Lebens, der apostolischen Sendung und des apostolischen Amtes verkörpert und ausgeübt wird (vgl. 16 (9) und 17 A (4)), als besonders positiv und zukunftsweisend angesehen werden.

So kann das Experiment insgesamt als gelungen gelten; und damit dürfte etwaigen künftigen Gesprächen zwischen der anglikanischen Kirche und den zur Leuenberger Konkordie gehörenden Kirchen ein guter Dienst erwiesen worden sein.

Auf die kirchlichen Gesichtspunkte, die dafür sprechen, daß die EKD und der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR Fragen einer engeren Gemeinschaft mit der Kirche von England gemeinsam verhandeln, ist bereits hingewiesen worden. Andererseits war allen Beteiligten von vornherein klar, daß die äußeren Bedingungen für die konkrete Gestaltung der nächsten Schritte bei der Praktizierung engerer Gemeinschaft mit der Kirche von England in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik Deutschland unterschiedlich sind. Deshalb beschränken sich die in der Meißener Feststellung vorgeschlagenen nächsten Schritte auf solche Konsequenzen im theologischen bzw. gottesdienstlichen Bereich, die sich unmittelbar aus der festgestellten theologischen Übereinstimmung und den gegenseitig ausgesprochenen kirchlichen Anerkennungen ergeben. Alle weiteren praktischen Schritte bleiben bilateralen Vereinbarungen zwischen der Kirche von England und der EKD einerseits sowie dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR andererseits vorbehalten. Dies wird es auch erlauben, solche praktischen Regelungen jeweils den sich wandelnden Möglichkeiten und Erfordernissen anzupassen.

Dabei könnte freilich der Eindruck entstehen, die beteiligten Kirchen ließen in der Meißener Feststellung erkennen, daß ihr Interesse an engerer Gemeinschaft sich vorrangig auf die Gemeinsamkeiten in Theologie und Gottesdienst richtet, die Kirchen sich hier also gewissermaßen im wesentlichen nur mit sich selbst beschäftigen. Aber das wäre ein Mißverständnis. Denn die Meißener Feststellung arbeitet zwar die bestehende Übereinstimmung im theologischen und gottesdienstlichen Kernbereich heraus, und dies ist schon an und für sich ein Ergebnis von besonderer Bedeutung. Aber zugleich soll damit die Ausgangsposition für eine langfristige gemeinschaftliche Entwicklung geschaffen werden, bei der es dann theologisch und praktisch weitgehend um den gemeinsamen Auftrag der Kirchen in ihren Ländern und in Europa zum Zeugnis und Dienst gehen wird.

Die an der Meißener Feststellung beteiligten Verhandlungsdelegationen haben sich auf das Konzept der „Einheit in Schritten“ verständigt. Diesem Konzept liegt die Erkenntnis zugrunde, daß Einheit ein Wachstumsprozeß ist. Darüber waren sich bereits die Teilnehmer der Konferenz im April 1986 auf Schloß Schwanberg einig, und davon handelt auch das Kapitel III der Meißener Feststellung. Kirchliche Erklärungen theologischer Übereinstimmung erfüllen eine wichtige, aber begrenzte Aufgabe. Sie können eine Zwischenbilanz der kirchlichen und theologischen Entwicklung ziehen und eine Standortbestimmung geben sowie versuchen, das Ziel des in Aussicht genommenen gemeinsamen Weges anzugeben. Die Verwirklichung der Gemeinschaft des ganzen Volkes Gottes aber kann und muß so geschehen, daß die Gemeinden der beteiligten Kirchen und ihre Glieder gemeinsam auf dem Weg zur Einheit voranschreiten. Für diesen Weg und diesen Wachstumsprozeß muß man mit

langen Zeiträumen rechnen. Deshalb ist die Meißener Feststellung gleichsam als Arbeitspapier für die kommenden Jahrzehnte gedacht. Sie kann und will nicht perfektionistisch den Schlußpunkt hinter eine abgeschlossene Lehrentwicklung setzen.

Deshalb waren sich die Delegierten der beteiligten Kirchen von Anfang an darüber im klaren und auch gewillt, eine Verständigung zwischen den unterschiedlichen Auffassungen von der bischöflichen Sukzession und ihrer Bedeutung für das ordinierte Amt sowie für volle, sichtbare Einheit nicht zur Bedingung ihrer Zustimmung zu dem Verhandlungsergebnis zu machen. Obwohl die evangelischen Delegierten erklärtermaßen die bischöfliche Sukzession bzw. den historischen Episkopat nicht als eine notwendige Bedingung für volle, sichtbare Einheit ansehen (vgl. Nr. 16), erkannten sie doch an, daß diese Frage für ihre anglikanischen Gesprächspartner von weitreichender und grundsätzlicher Bedeutung ist. Eine solche Frage kann aber nicht in theologischen Gesprächen zwischen Vertretern einiger nationaler Kirchen beantwortet werden. Vielmehr setzen die drei Delegationen ihre Hoffnung in weitere Fortschritte der Dialoge zwischen den weltweiten christlichen Gemeinschaften und des Prozesses in der Folge der Konvergenzerklärungen zu Taufe, Eucharistie und Amt der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Vor allem aber wird eine Verständigung in der Frage des historischen Episkopats von eben jenem Wachstumsprozeß auf die Einheit hin abhängen, der in den beteiligten Kirchen und Gemeinden u. a. durch die Meißener Feststellung einen kräftigen Impuls erhalten soll.

Damit war freilich auch von vornherein klar, daß der angestrebten Vereinbarung die anglikanische Zustimmung zur „vollen Austauschbarkeit der Geistlichen“ bzw. zur „Konzelebration im Sinne von gemeinsamer Konsekration“ bei der Eucharistie nach anglikanischem Verständnis würde versagt bleiben müssen.

Dem Prozeßcharakter der „Einheit in Schritten“ ist seitens der Kirche von England auch noch in anderer Beziehung eine feste, prinzipielle Grenze gesetzt: Kanon B 43 des kanonischen Rechtes dieser Kirche, der die Beziehungen mit anderen Kirchen behandelt, definiert das, was Pfarrern oder Gemeindegliedern anderer Kirchen in der Kirche von England und Bischöfen sowie ordinierten Geistlichen der Kirche von England in anderen Kirchen zu tun erlaubt ist, sehr präzise. Nach anglikanischem Verständnis halten sich die in der empfohlenen Erklärung unter Nr. 17 in Abschnitt B vereinbarten nächsten Schritte, insbesondere hinsichtlich der eucharistischen Gastfreundschaft (5), der eucharistischen Gemeinschaft (6) und der Ordination (7) im Rahmen des genannten Kanon B 43. Sie schöpfen die gegenwärtigen Möglichkeiten dieses Kanons zwar voll aus, gehen aber nicht über ihn hinaus. Daher bedürfte es bei künftigen weiteren Schritten auf dem Wege zu voller, sichtbarer Einheit ggf. entsprechender Änderungen des kanonischen Rechts. Dies ist u. a. damit gemeint, daß die unter 17 B (4) vereinbarte Befugnis ordnungsgemäß berufener Geistlicher zur Wahrnehmung der Aufgaben ihres eigenen Amtes in Gemeinden der anderen Kirchen mit der Einschränkung „gemäß den kirchlichen Regelungen und im Rahmen ihrer Befugnisse“ versehen ist.

Man kann nun fragen, warum es überhaupt der in der Meißener Feststellung den beteiligten Kirchen empfohlenen gemeinsamen Erklärung bedarf, wenn die gegenseitigen Befugnisse von Bischöfen und ordinierten Geistlichen der beteiligten Kirchen ohnehin seitens der Kirche von England bereits durch deren geltendes Recht

gewährt werden und seitens der Gliedkirchen der EKD und des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR sicher nicht strengeren Einschränkungen unterliegen. Aber die vorgeschlagene gemeinsame Erklärung der beteiligten Kirchen enthält eben gegenseitige Anerkennungen und eine gemeinsame Verpflichtung, nach der vollen, sichtbaren Einheit zu streben, die über den gegenwärtig vom kanonischen Recht der Kirchen von England gewährten Handlungsraum hinausweisen und auf „volle, sichtbare Einheit“ abzielen, zu der u. a. der Dienst eines versöhnten, gemeinsamen Amtes und die volle Austauschbarkeit der Geistlichen gehören werden. Es zeigt sich also auch hier, daß der größte Wert der Meißener Feststellung in ihrer zukunftsweisenden Dynamik liegt.

Auf der Grundlage der so beschriebenen Fakten und innerhalb der von ihnen gesteckten Grenzen wollten die drei Delegationen der beteiligten Kirchen im großen und ganzen übereinstimmend folgendes Verhandlungsergebnis erzielen:

1. Die Ausformulierung einer verbindlichen theologischen Übereinkunft zwischen der Kirche von England und den Kirchen der deutschen Reformation, welche das gemeinsame Erbe aufnimmt, die gegenwärtigen kirchlichen und theologischen Gemeinsamkeiten feststellt und die Grundlage für den gemeinsamen künftigen Weg zu voller, sichtbarer Einheit beschreibt.

Dieses gesteckte Ziel kann als erreicht gelten. Das gilt besonders für das gemeinsame Kirchenverständnis, dem ein großer Teil der theologischen Arbeit der drei Delegationen galt und das dann auch in der Meißener Feststellung eine zentrale Rolle spielt.⁵

2. Die Vereinbarung möglichst konkreter nächster Schritte.

Dabei sind von allen Seiten Zugeständnisse gemacht worden, bei denen eigene Wünsche offen bleiben mußten. Die deutschen lutherischen, reformierten und unierten Delegierten waren der Meinung, daß die unter Nr. 17 A formulierten gegenseitigen Anerkennungen für die Praktizierung voller eucharistischer Gemeinschaft und volle Austauschbarkeit der Pfarrer ohne weiteres ausreichen und die unter Nr. 17 B noch implizierten Einschränkungen bei den nächsten Schritten weithin nicht mehr nötig wären.

Auf anglikanischer Seite hat die Debatte anlässlich der ersten Lesung der Meißener Feststellung in der Generalsynode der Kirche von England am 9. November 1988 erkennen lassen, daß insbesondere Vertreter der anglo-katholischen Richtung besorgt sind, die vereinbarten nächsten Schritte könnten an der einen oder anderen Stelle doch die vom kanonischen Recht der Kirche von England gesetzten Grenzen überschreiten und damit den deutschen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen Möglichkeiten der Praktizierung einer *communio in sacris* einräumen, die den protestantischen Partnerkirchen im eigenen Lande bisher nicht gewährt werden.

Die offen gebliebenen Wünsche hinsichtlich der vereinbarten nächsten konkreten Schritte müssen aber im Lichte des vorgenannten positiven Ergebnisses der erzielten theologischen Übereinkunft und in ihrem daraus resultierenden vorläufigen Charakter gesehen werden.

3. Eine Vereinbarung, in der die beteiligten Kirchen die gefundenen gegenseitigen Anerkennungen verbindlich zum Ausdruck bringen und mit der sie sich zu den vereinbarten Zielen und konkreten Schritten verpflichten.

Mit den Formulierungen der in der Meißener Feststellung den Kirchen empfohlenen gemeinsamen Erklärung glauben die drei Verhandlungsdelegationen alles in allem, das unter den obwaltenden Umständen bestmögliche Ergebnis hinsichtlich der gegenseitigen Anerkennungen und der Verbindlichkeit der von den Kirchen einzugehenden Verpflichtungen erzielt zu haben. Über den Erfolg dieser Bemühungen wird aber erst die noch ausstehende Zustimmung der beteiligten Kirchen zu der ihnen empfohlenen Erklärung entscheiden.

Klaus Kremkau

ANMERKUNGEN

- ¹ Die Broschüre kann kostenlos von der Europa-Abteilung des Kirchenamtes der EKD, Postfach 21 02 20, 3000 Hannover 21 bezogen werden.
- ² Das englischsprachige Protokoll der Debatte in der Generalsynode ist bei der Europa-Abteilung des Kirchenamtes der EKD (s. Anm. 1) erhältlich.
- ³ Mit dem Verständnis von Kirche und Amt in der Meißener Feststellung befaßt sich ein Beitrag des Vf. im Md des Konfessionskundlichen Instituts, 4/89 „Gegenseitige Anerkennung. Evangelische und Anglikanische Kirche im Gespräch über Kirche und Amt“.
- ⁴ 8. Theologische Konferenz zwischen der EKD und der Kirche von England vom 8. bis 11. April 1986 auf Schloß Schwanberg, dokumentiert im Beiheft Nr. 58 zur ÖR.
- ⁵ Nähere Darlegungen dazu enthält der unter Anm. 3 genannte Beitrag des Vf.

Beschluß der 49. ordentlichen Bistumssynode der Altkatholiken zur Frauenordination

„Die Bistumssynode macht sich die Feststellungen und Erklärung der Internationalen Alt-Katholischen Theologenkonzferenz 1984 zur Frage von Mann und Frau im kirchlichen Amt zu eigen:

In der gesamten Geschichte der Kirche hat weder eine lokale Synode noch ein Ökumenisches Konzil Einwände aus Glaubensgründen gegen die Ordination von Frauen zum priesterlichen Amt vorgebracht.

Die Gottebenbildlichkeit des Menschen und die Berufung der Getauften zur Teilnahme am Priestertum Jesu Christi erfährt im besonderen priesterlichen Amt ihren sichtbarsten Ausdruck. Nur Mann und Frau gemeinsam sind das volle Ebenbild Gottes. Der Ausschluß der Frau bedeutete deshalb einen existentiellen Mangel für das ordinierte Amt, den die Kirche nicht ohne Schuld weiterexistieren lassen kann, weil so nur ein Teil des gottebenbildlichen Menschen in den priesterlichen Dienst und die geistliche Leitung der Kirche eingebracht ist.

Die Synode beauftragt daher den Bischof, die Einbeziehung der Frau in das dreifache priesterliche Amt zu verwirklichen und sich deshalb in der Internationalen Bischofskonferenz dafür einzusetzen.“

So beschlossen mit 107:23 Stimmen bei 9 Enthaltungen am 3. Mai in Mainz.